



Landesverband Baden-Württemberg

Landesversammlung 12.07.2025 in Ispringen

Antrags-Nr.: 1 zu TOP: 7

Antragsteller: Landesvorstand

Headline: Kurswechsel in der Gesundheitspolitik

Auswirkungen auf den Haushalt (unmittelbar erkennbar): keine

Wortlaut des Antrages:

- 1 Die Landesversammlung des FVDZ Baden-Württemberg fordert die neue Bundes-
2 regierung zu einem Kurswechsel in der Gesundheitspolitik auf. Ziel muss es sein,
3 die Rahmenbedingungen für alle im Gesundheitswesen Tätigen zu verbessern, um
4 trotz der gewaltigen gesellschaftlichen Veränderungen eine qualitativ hochwertige,
5 flächendeckende Patientenversorgung zu gewährleisten.
6 Die Sofortmaßnahmen müssen folgende zentrale Punkte beinhalten:
7
8 1. Stärkung der freiberuflichen Selbstständigkeit und Förderung der Niederlas-
9 sung des zahnärztlichen Nachwuchses als zentrale Säule zahnärzt-
10 licher Berufsausübung.
11 2. Reduzierung der überbordenden Bürokratielast und Schaffung ei-
12 nes Bürokratie-Monitorings zur Überprüfung und Vereinfachung be-
13 stehender Regelungen.
14 3. Entbudgetierung zahnärztlicher Leistungen in der GKV und Ausweitung von
15 Selbststeuerungsmechanismen (Selbstbehalte, Direktabrechnung).
16 4. Beschränkung des Leistungskatalogs der GKV auf medizinisch notwendige
17 Basisleistungen und Erhalt des Leistungsanspruchs bei der Wahl von außer-
18 vertraglichen Leistungen.
19 5. Erhalt der funktionalen Selbstverwaltung und Beschränkung der staatlichen
20 Einflussnahme auf die Rechtsaufsicht. Die Fachaufsicht über die Berufsaus-
21 übung obliegt den Gremien der Selbstverwaltung.
22 6. Erhalt der privaten Vollversicherung und Einführung einer gesetzlichen Ver-
23 pflichtung zur regelmäßigen Anpassung des Punktwertes der Gebührenord-
24 nung an die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.
25 7. Schnelle Umsetzung der Forderung des Koalitionsvertrages: Regulierung
26 des Marktzugangs von iMVZ, Transparenzschaffung und Abbau von Wettbe-
27 werbsnachteilen der Niedergelassenen gegenüber gewerblichen Trägern.
28

Antrags-Nr.: 1 zu TOP: 7

Abstimmung: Einstimmig



Landesverband Baden-Württemberg

Landesversammlung 12.07.2025 in Ispringen

Antrags-Nr.: 2 zu TOP: 7

Antragsteller: Landesvorstand

Headline: Bürokratie abbauen

Auswirkungen auf den Haushalt (unmittelbar erkennbar): keine

Wortlaut des Antrages:

1 Die Landesversammlung des FVDZ Baden-Württemberg fordert die Bundesregie-
2 rung auf, die im Bürokratienteilungsgesetz ermittelten Eckpunkte auch im Gesund-
3 heitswesen endlich voranzubringen, umzusetzen und anzuwenden! Wir unterstützen
4 vollinhaltlich die Forderungen der BZÄK, der KZBV und des FVDZ-Bundesvorstands
5 zu diesem Thema.

6
7

Begründung:

8
9

10 *Die viel gelobte Entbürokratisierung findet im Gesundheitswesen und ins-*
11 *besondere im zahnärztlichen Bereich nicht statt. Mit praxisfernen Regula-*
12 *rien und Auflagen muss Schluss sein.*

13 *In erster Linie muss ein messbarer Nutzen für Patienten oder die Behandlungsquali-*
14 *tät vorhanden sein. Viele Maßnahmen der letzten Jahre lassen diesen Nutzen nicht*
15 *erkennen.*

16 *Im mehrseitigen Eckpunktepapier des FVDZ wurden viele Möglichkeiten zum Büro-*
17 *kratieabbau in den Zahnarztpraxen aufgezeigt, ebenso in den Stellungnahmen von*
18 *BZÄK und KZBV.*

19
20
21
22
23
24
25
26

Antrags-Nr.: 2 zu TOP: 7

Abstimmung: Einstimmig



Landesverband Baden-Württemberg

Landesversammlung 12.07.2025 in Ispringen

Antrags-Nr.: 3 zu TOP: 7

Antragsteller: Landesvorstand

Headline: Attraktivität der selbständigen Zahnarztpraxis

Auswirkungen auf den Haushalt (unmittelbar erkennbar): keine

Wortlaut des Antrages:

1 Die Landesversammlung des FVDZ Baden-Württemberg fordert die Bundes- und
2 Landesregierung auf, bessere Rahmenbedingungen für die Attraktivität der freibe-
3 ruflich-selbstständigen zahnärztlichen Tätigkeit zu schaffen.

4
5
6

Begründung:

7
8
9 *Die niedergelassenen Kolleginnen und Kollegen sind die Basis der wohn-*
10 *ortsnahen, flächendeckenden und hochqualitativen Patientenversorgung,*
11 *nicht nur in den städtischen, sondern auch in den ländlichen Strukturen.*

12

13 *Durch den demographischen Wandel in der Zahnärzteschaft kommt es zu einer Un-*
14 *terversorgung hauptsächlich der ländlichen Regionen.*

15 *Dem muss mit Maßnahmen durch den Landesgesetzgeber entgegengewirkt wer-*
16 *den, damit zum einen die eigene Niederlassung für die jungen Kolleginnen und Kol-*
17 *legen attraktiver gestaltet wird und zum anderen die Niederlassung auf dem Land*
18 *durch entsprechende Softskills (gute Infrastruktur, Internetanbindung, gute wohnort-*
19 *nahe Schulen, etc...) auch für junge Familien erstrebenwert wird.*

20

21 *Die Abschaffung der Budgetierung durch den Bundesgesetzgeber würde die Moti-*
22 *vation der jüngeren Kolleginnen und Kollegen zur Selbständigkeit deutlich erhöhen.*

23

24

25

26

Abstimmung: Einstimmig

Antrags-Nr.: 3 zu TOP: 7



Landesverband Baden-Württemberg

Landesversammlung 12.07.2025 in Ispringen

Antrags-Nr.: 4 zu TOP: 7

Antragsteller: Landesvorstand

Headline: Anwendung §§ 2 und 6 GOZ

Auswirkungen auf den Haushalt (unmittelbar erkennbar):

Wortlaut des Antrages:

1 Die Landesversammlung des FVDZ Baden-Württemberg fordert den Verband der
2 Privaten Krankenversicherungen (PKV) und ihre Mitgliedsunternehmen auf, gesetz-
3 liche Vorgaben im Sinne der Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) einschließlich
4 der freien Honorarvereinbarung nach §2 und Analogberechnung nach §6 zu
5 respektieren. Privatversicherte haben Anspruch auf die volle Erstattung moderner
6 hochwertiger zahnmedizinischer Leistungen im Rahmen ihres jeweiligen versicher-
7 ten Tarifs!

8

Begründung:

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

*Die PKV stellt meistens die Anwendung der §§ 2 und 6 in Frage. Die Erstat-
tung wird abgelehnt und die Abrechnung als unkorrekt bzw. falsch bezeich-
net.*

*Dies schädigt das Vertrauensverhältnis des Patienten zum Zahnarzt und führt zu ei-
nem weiteren Bürokratieaufwand bei der Unterstützung des Patienten gegenüber der
Versicherung.*

Antrags-Nr.: 4 zu TOP: 7

Abstimmung: Einstimmig

___ Ja - Stimmen

___ Nein - Stimmen

1 Enthaltungen



Landesverband Baden-Württemberg

Landesversammlung 12.07.2025 in Ispringen

Antrags-Nr.: 5 zu TOP: 7

Antragsteller: Landesvorstand

Headline: ePA-Roll-Out aussetzen

Auswirkungen auf den Haushalt (unmittelbar erkennbar): Keine

Wortlaut des Antrages:

1 Die Landesversammlung des FVDZ Baden-Württemberg fordert das Bundesge-
2 sundheitsministerium auf, auf den verpflichtenden bundesweiten Roll-Out der ePA
3 vorerst zu verzichten, nach ausreichender Testphase angemessene Zeiträume zur
4 bundesweiten Einführung zu schaffen und auf Sanktionierungen zu verzichten.

5
6
7
8

Begründung:

9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27

In der laufenden Testphase gibt es Verzögerungen, viele der Testpraxen können erst seit Mitte März mit der ePA arbeiten und berichten immer wieder von technischen Problemen. Für einen bundesweiten Rollout braucht es eine Revision/ Neuentwicklung einer ePA 2.0. Nach Fertigstellung benötigt diese eine breite, auf Freiwilligkeit basierende Testphase und ausreichend Zeit, um die Technik in die Praxisverwaltungssysteme zu implementieren und die einwandfreie und vor allem störungsfreie Funktion in der Praxis zu gewährleisten.

Grundsätzlich fordern wir einen angemessenen Zeitraum zur Umsetzung; Zwangsmaßnahmen und Sanktionen lehnen wir ab.

Antrags-Nr.: 5 zu TOP: 7

Abstimmung: Einstimmig



Landesverband Baden-Württemberg

Landesversammlung 12.07.2025 in Ispringen

Antrags-Nr.: 6 zu TOP: 7

Antragsteller: Bezirksvorstand Freiburg

Headline: Status der Mitglieder prüfen

Auswirkungen auf den Haushalt (unmittelbar erkennbar): nicht absehbar

Wortlaut des Antrages:

1 Die Landesversammlung des FVDZ Baden-Württemberg fordert den Bundesvor-
2 stand dazu auf, den Berufsstatus der Mitglieder in regelmäßigen Intervallen auf Ver-
3 änderungen zu überprüfen.
4

5

6

Begründung:

7

8 *Zum Beispiel wird die Beitragseinstufung vom Studierenden in den Ange-*
9 *stelltenstatus nicht flächendeckend und systematisch überprüft. Einzelne*
10 *Mitglieder, die sich z.B. nach dem Studium nicht selbstständig ummelden,*
11 *sind auch noch Jahre nach dem Studium im Studierendenstatus gemeldet.*
12 *Dadurch entgehen dem Freien Verband Einnahmen in unklarer Höhe.*

Antrags-Nr.: 6 zu TOP: 7

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

Abstimmung: Einstimmig

____ Ja - Stimmen

____ Nein - Stimmen

____ 1 Enthaltungen



Landesverband Baden-Württemberg

Landesversammlung 12.07.2025 in Ispringen

Antrags-Nr.: 7 zu TOP: 7

Antragsteller: Bezirksvorstand Freiburg

Headline: Herausstellen des Mehrwerts des FVDZ im „Freien Zahnarzt“

Auswirkungen auf den Haushalt (unmittelbar erkennbar): keine

Wortlaut des Antrages:

1 Die Landesversammlung des FVDZ Baden-Württemberg fordert den Bundesvor-
2 stand dazu auf, den Mehrwert des FVDZ für seine Mitglieder in der Verbandszeit-
3 schrift inhaltlich deutlich stärker herauszustellen.

4

5 Außerdem soll die Marke FVDZ sowohl auf dem Cover als auch im Inhalt deutlicher
6 ins Auge stechen.

7

8

9

10 **Begründung:**

11

12 *Erfolgt mündlich*

13

14

15

16

17

18

19

20

Antrags-Nr.: 7 zu TOP: 7

Abstimmung: Einstimmig

___ Ja - Stimmen

___ Nein - Stimmen

___ Enthaltungen



Landesverband Baden-Württemberg

Landesversammlung 12.07.2025 in Ispringen

Antrags-Nr.: 8 zu TOP: 7

Antragsteller: Landesvorstand

Headline: Beseitigung der Inländerdiskriminierung bei Vorbereitungsassistentinnen und –assistenten

Auswirkungen auf den Haushalt (unmittelbar erkennbar): keine

Wortlaut des Antrages:

1 Die Landesversammlung des FVDZ Baden-Württemberg fordert den Gesetzgeber
2 auf, die in § 3 Abs. 1 der Zulassungsordnung für Zahnärzte (Zahnärzte-ZV) die dort
3 geregelte Vorbereitungszeit abzuschaffen und damit einheitliche Voraussetzungen
4 für Absolventinnen und Absolventen eines zahnmedizinischen Studiums in
5 Deutschland zu schaffen, unabhängig davon, ob der Abschluss im Inland oder im
6 Ausland erworben wurde.

7

8

9

10

11 **Begründung:**

12

13 *Die Absolventinnen und Absolventen an einer deutschen Hochschule dürfen gegen-*
14 *über Absolventinnen und Absolventen einer Hochschule im Ausland nicht benachtei-*
15 *ligt werden.*

16

17

18

19

20

21

22

23

24

Antrags-Nr.: 8 zu TOP: 7

Abstimmung: Einstimmig

___ Ja - Stimmen

___ Nein - Stimmen

1 Enthaltungen



Landesverband Baden-Württemberg

Landesversammlung 12.07.2025 in Ispringen

Antrags-Nr.: 9 zu TOP: 7

Antragsteller: Landesvorstand

Headline: Sozialversicherungspflicht in Notdienstzentren

Auswirkungen auf den Haushalt (unmittelbar erkennbar): keine

Wortlaut des Antrages:

1 Die Sozialversicherungspflicht bei der Ableistung von Notdiensten in Notdienstzen-
2 tren muss wieder abgeschafft werden.

3

4

5

6

7 **Begründung:**

8

9 *Erfolgt mündlich*

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

Antrags-Nr.: 9 zu TOP: 7

Abstimmung: Einstimmig